

# Maja Riniker in der SP-Mangel

FDP-Regierungsratskandidatin stellte sich am SP-Parteitag kritischen Fragen. Unterstützt wird eine Abwesende.

Claudia Meier

Die wichtigste Person des Tages fehlte. Juso-Regierungsratskandidatin Loredana Nigro musste arbeiten und konnte am Samstagmittag nicht am ausserordentlichen Parteitag der SP Aargau im Arbeiterstrandbad in Tennwil teilnehmen.

In den vergangenen Tagen haben die Kandidaturen für die Ersatzwahl von FDP-Regierungsrat Stephan Attiger, der Ende Jahr zurücktritt, bei der SP-Parteispitze für Wirbel gesorgt. Die Sozialdemokraten luden ursprünglich die beiden nominierten Kandidierenden Dominik Gresch (GLP) und Maja Riniker (FDP) zum Parteitag ein.

Dann nominierte die Juso – für die SP Aargau überraschend – die 21-jährige Loredana Nigro als weitere Regierungsratskandidatin. Und schliesslich zog Gresch seine Kandidatur kurz vor Anmeldeschluss zurück.

### Riniker ist für ein Kopftuchverbot an Schulen

Aufgrund der neuen Ausgangslage stellte sich Maja Riniker auf dem heissen Stuhl alleine den vielen Fragen von Ex-SP-Regierungsrat Urs Hofmann. Der Besuch am Hallwilersee weckte bei ihr Kindheitserinnerungen.

Rinikers Vater war Mitglied der SP und engagierte sich im Stiftungsrat des Arbeiterstrandbads. Warum sie nicht der SP beigetreten sei, wollte Hof-



FDP-Nationalrätin Maja Riniker stellt sich den Fragen von Ex-SP-Regierungsrat Urs Hofmann. Für sein lädiertes Knie hat er für den Anlass passend zur FDP eine blaue Binde gewählt. Bild: Valentin Hehli

mann wissen. Riniker: «In der Schweiz darf man sich frei entwickeln.» Ihr Betriebswirtschaftsstudium habe wohl dazu beigetragen, dass sie einer anderen Partei beigetreten sei.

In einem kurzweiligen Interview stellte sich Maja Riniker als nahbare und sehr verlässliche Person vor, mit Politerfahrung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Wer mit ihr in Kontakt sei, wisse, was er bekomme und wofür sie stehe.

Auch wenn sich die Positionen nicht immer mit der SP deckten, wisse sie, dass es vulnerable Personen gebe, die man besonders schützen müsse. Die Freisinnige ist für ein Kopftuchverbot an Aargauer Volksschu-

len und gegen eine kantonale Ombudsstelle sowie für die Teilprivatisierung von Kantons spitälern und der Aargauischen Kantonbank.

### Tosender Applaus beim Geld für Frühförderung

Die Höhe der Krankenkassenverbilligung im Aargau erachtet Maja Riniker als richtig. Wie stellt sie sich zu einem Atomkraftwerk-Neubauprojekt im Aargau? In einer ersten Abstimmung gehe es um die Aufhebung des Technologieverbots, was sie unterstütze, so die FDPlerin. Die Energiesicherheit sei ihr sehr wichtig.

Die 48-Jährige ist für den Sechsspur-Autobahnausbau im

Aargau und würde eine Einheitspolizei begrüssen. Bei der integrativen Schule sieht Riniker heute Probleme. Man müsste über die Frühförderung diskutieren.

Ein Mitglied fragte Riniker, ob sie wisse, dass die Frühförderung im Aargau 8 Millionen Franken koste. Die Regierungsratskandidatin ging nicht auf den Betrag ein, sagte aber: «Jeder Franken, den wir in die <kleinen Knöpfe> investieren, lohnt sich.» Damit erntete sie tosenden Applaus. In der Ausgleichsreserve sei genügend Geld, um den Bildungsauftrag zu erfüllen.

Auf die Frage von Grossrat Rolf Schmid, wie mehr zahlbare Wohnungen entstehen könn-

ten, hatte Riniker keine befriedigende Antwort. Sie verwies auf schnellere Verfahren und verdichtetes Bauen, ohne zusätzliche Einzonung.

### Ohne Gegenstimmen für die Juso-Kandidatin

Die abwesende Loredana Nigro stellte sich über eine Audiobotschaft vor. Sie setzt sich für verbindliche Klimaziele, erneuerbare Stromproduktion und mehr Geld für das Frauenhaus ein.

Nach der parteiinternen Diskussion sagte Grossrätin Lelia Hunziker: «Wir haben die Wahl zwischen einer jungen, engagierten Sozialdemokratin, die unsere politischen Werte und Positionen vertritt, und einer Person, deren Haltung nicht weiter weg von uns sein könnte. Unsere Unterstützung ist deshalb glasklar und gehört Loredana.» Bei zwei Enthaltungen sprachen sich die Anwesenden ohne Gegenstimmen für die Juso-Kandidatin aus.

Bei der Parolenfassung für die Ernährungsinitiative überzeugte Franziska Herren die Mehrheit. SP-Grossrätin und Bäuerin Colette Basler hielt dagegen: «Die Initiative ist gut gemeint, aber nicht umsetzbar.»

Anders als die SP Schweiz, welche die Nein-Parole fasste, sprachen sich die Anwesenden in Tennwil mit 50 Ja zu 26 Nein bei 12 Enthaltungen für einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent innerhalb von zehn Jahren aus.

## Gewerbeverband unterstützt FDP-Kandidatin

**Wahlempfehlung** Der Vorstand des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV) teilt mit, dass er Maja Riniker als Nachfolge für den abtretenden Stephan Attiger zur Wahl in den Regierungsrat empfiehlt. Die FDP-Nationalrätin bringe alles mit, was es in diesem Amt brauche: Wirtschaftsverständnis, politische Erfahrung und Führungskompetenz.

Als Betriebsökonomin FH kenne Riniker die Realität in den Unternehmen und sei zudem in Banken, Stiftungen und auch Verwaltungsräten tätig gewesen. Zudem bringe sie als ehemalige Grossrätin Erfahrung im Aargauer Parlament mit, weiter betont der AGV auch ihr letztjähriges Amt als Präsidentin des Nationalrats.

«Der Aargauische Gewerbeverband erwartet von der Kantonsregierung verlässliche Rahmenbedingungen für KMU und Gewerbe», so der AGV. Das bedeute weniger Bürokratie, gesunde Finanzen und eine Verwaltung, die nicht blockiert, sondern mitdenkt. «Riniker steht für diese Linie.»

Sie setze sich für Sicherheit, starke Bildung, gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze, einen leistungsfähigen Verkehr sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit den Kantonsfinanzen ein. «Der AGV ist überzeugt, dass sie die Interessen des Wirtschaftsstandorts Aargau im Regierungsrat wirkungsvoll vertreten wird», betont der Verband in seiner Wahlempfehlung. (az)

# Wollen wir den EU-Wald trotz krummer Bäume?

Am Podium im Stapferhaus stritten SVP, GLP und Fachleute über EU-Regeln, Zuwanderung und die Bilateralen III.

Dominic Kobelt

In manchen Punkten waren sich die Podiumsteilnehmenden einig. Etwa, dass es wesentliche Unterschiede zwischen einem Freihandelsabkommen und einer Teilnahme am EU-Binnenmarkt gibt. Für Letzteres muss man Regeln akzeptieren, es geht um die Anerkennung von Normen, Gesetzen, Gerichten.

Gestritten wurde am Donnerstagabend in Lenzburg darüber, ob sich der Marktzugang unter diesen Bedingungen für die Schweiz lohnt. Staatssekretär Alexandre Fasel eröffnete den Abend mit einem Referat. Er verglich die Verträge mit einem Wald: «Es stimmt, dass einige Bäume krumm sind oder zu klein. Oder dass es invasive Arten hat – Stichwort dynamische Rechtsübernahme.» Wichtig sei aber, dass man nicht nur einzelne Bäume, sondern mit etwas Abstand den gesamten Wald betrachte.

### Alle gegen Nationalrat Giezendanner

In der Diskussion, geleitet von CH Media-Politikchefin Sermin Faki, schaffte es SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner,



Podiumsdiskussion Bilaterale III im Stapferhaus Lenzburg mit Sermin Faki, Leiterin Politik CH Media, GLP-Nationalrat Matthias Jauslin, Prof. Astrid Epiney, Universität Freiburg, und SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner. Bild: Henry Muchenberger

volksnah zu erklären, warum er «Angst vor der EU in der heutigen Form» habe. «Die direkte Demokratie wird massiv tangiert», sagte der SVP-Nationalrat. Es seien nicht alle Vertragswerke schlecht, aber etwa beim Stromabkommen habe die Schweiz in den Verhandlungen ihre Anliegen nicht einbringen können.

Grosse Fragezeichen machte der SVP-Nationalrat naturgemäss auch bei der Zuwande-

rung und der Unionsbürgerrichtlinie. «Als Unternehmer muss ich eigentlich für die Verträge sein, ich komme so billig zu Arbeitskräften», sagte er, um gleich seine Befürchtungen kundzutun: «Es braucht ein Arbeitspensum von lediglich zwölf Wochenstunden, dann darf man auch noch die Gross tante und den Grossonkel als Familiennachzug in die Schweiz holen.» Er fürchte, dass solche Leute von den Sozialwerken

profitieren würden und die Schweiz massiv höhere Kosten zu tragen habe.

Nationalratskollege Matthias Jauslin (GLP) widersprach: «Nur direkte Verwandte dürfen als Familiennachzug in die Schweiz kommen, für alle anderen muss man nachweisen, dass man den Unterhalt sicherstellen kann.»

Professorin Astrid Epiney von der Universität Freiburg ist schweizweit eine der profilier-

testen Expertinnen für Europa- und Völkerrecht. Sie gab zu bedenken, dass sich die meisten Bestimmungen, etwa ab wann man als Arbeitnehmer gelte und wie der Familiennachzug geregelt werde, nicht ändern würden. Der Nachzug von nicht engen Verwandten werde erleichtert. «Es gibt allerdings kein Recht auf einen Nachzug, sondern lediglich auf die Prüfung und Begründung des Gesuchs.»

Neu werden, so Epiney, eingetragene Partnerschaften bezüglich des Nachzugs verheirateten Paaren gleichgestellt. Die grösste Änderung betreffe aber das Daueraufenthaltsrecht für Erwerbstätige. «Dies fällt durchaus ins Gewicht», sagte die Professorin. Auch die Frist, um Arbeit zu finden, würde bei einer Vertragsannahme künftig ausgedehnt.

### Jauslin: «Die SVP wirft alle in den gleichen Topf»

Jauslin betonte, dass die Ausländer ja in der Schweiz seien, weil wir sie als Arbeitskräfte benötigten. «Man kann nicht einfach sagen, dass sie die Bösen sind, die dann auch noch Gesindel mitbringen.» Zudem warf Jauslin der SVP vor, keinen Unterschied zwischen Asylsuchenden,

illegal Anwesenden und ausländischen Arbeitskräften zu machen.

Ausführlich diskutiert wurde auch, wie viel Souveränität die Schweiz abgeben würde. Giezendanner befürchtet, dass die EU künftig über Schweizer Gesetze bestimmen könnte. Staatssekretär Fasel widersprach dem: «Wenn wir unsere Gesetze anpassen müssen, dann kommt das vors Parlament.» Erst wenn der Prozess in der Schweiz abgeschlossen sei, gehe die Vorlage in den gemischten Ausschuss. Sollte man sich dort nicht einigen können, kann das Schiedsgericht über die Auslegung entscheiden. «Wenn die Schweiz nicht einverstanden ist, muss sie mit Massnahmen der EU rechnen.» Allerdings, dies fügte Epiney an, müssten diese verhältnismässig sein. «Und der Streit ist ausschliesslich auf dem Weg zu regeln, wie er im Abkommen vorgesehen ist», erklärte sie.

Der Abend im Stapferhaus, organisiert von der GLP Aargau, gab einen guten Überblick über die Argumente beider Seiten. Ob das Volk die krummen Bäume ablehnt oder Ja zu einem Wald sagt, ist indes noch lange nicht entschieden.